

Selbstbewußtsein und Krise des Liberalismus

In den vergangenen Wochen ist die deutsche liberale Partei, die FDP, in eine politische Grundlagendiskussion eingetreten, in der sie die Prinzipien der politischen Weltanschauung herauszuarbeiten versucht, die für sie als Vertreterin des Liberalismus heute maßgebend sein müssen. Zwei grundlegende Referate beim Berliner Parteitag der FDP von Professor Walter Erbe und Dr. Thomas Dehler leiteten diese Selbstbesinnung des deutschen Liberalismus ein. Von diesen Referaten ausgehend, ergibt sich ein Bild dessen, was der Liberalismus heute von sich selbst aussagt und wie er sich selbst versteht.

I.

Der rationalistische Charakter des Liberalismus

a) Der Begriff „liberalismo“ ist als Antithese zum „servilismo“ spanischer Hofschranzen entstanden. Er bezeichnet so zunächst eine Haltung, weit weniger ein politisches Programm. Dieser Ursprung ist für den Liberalismus auch dann noch bestimmend geblieben, als er längst zum Titel einer politischen Bewegung mit Parteiorganisation und konkreten staatlichen Zielsetzungen geworden war. Liberalität als Haltung, „liberal“ als Bezeichnung einer Einstellung zur Umwelt gehen in ihrem Begriffsumfang weit über das hinaus, was Liberalismus als politische Doktrin bedeuten kann. Sie benennen so etwas wie einen allgemeinen kulturgeschichtlichen Boden, aus dem auch andere Gewächse als der Liberalismus im engeren Sinne Nahrung ziehen. Rationalität, Individualität, Toleranz nennt Walter Erbe¹⁾, Rechtsstaatlichkeit und Selbstverantwortlichkeit fügt Thomas Dehler²⁾ hinzu, Pluralismus und Friedlichkeit stellt Karl-Hermann Flach³⁾ heraus, Humanismus, Personalismus, Rationalismus heißt es bei Wilhelm Röpké⁴⁾. Es sind ganz verschiedene Begriffssphären und Lebensbereiche, die hier angesprochen werden: metaphysische, ethische, staatsphilosophische. Zwischen ihnen gibt es eine Verbindung: die Fundamentalkategorie der Freiheit, die in alle diese Bereiche eingebettet ist. Eine klärende Analyse muß ausgehen von den allgemeinsten Voraussetzungen liberaler Haltung, um deren Manifestationen begreifen zu können.

Wenn wir die Grundtatsache des „Liberalen“ als eine Haltung verstehen, so stellt sich wiederum die Frage, von welcher ersten Voraussetzung, von welchem *primum principium* sich diese Haltung herleitet. Wir kennen am ehesten das Phänomen der alle Lebensäußerungen bestimmenden Haltung vom Christentum her, dessen Kardinaltugend Demut, einen solchen Haltungsbegriff darstellt. Demut ist die Einstellung, die aus dem ständigen Bewußtsein der „schlecht-hinnigen Abhängigkeit“ von einem höheren Wesen hervorgeht, die letztlich von dem Gefühl der Schuldhaftigkeit, Sündhaftigkeit oder einfach der Kleinheit und Geringfügigkeit des Menschen bedingt ist. Liberalismus erwächst dagegen aus dem Bewußtsein eigener Würde, unverlierbaren menschlichen Ranges und Selbstseins.

b) Dieses Bewußtsein stammt aus der Renaissance, schafft die Voraussetzungen neuzeitlichen Denkens bei Descartes und wird zur politischen Theorie in der Aufklärung. Es gründet sich auf die Selbsteinschätzung der Vernunft als eines autonomen Vermögens⁵⁾. Das vernünftige, d. h. allein den Gesetzen der Logik folgende und sich nur dem Prinzip wissenschaftlicher Wahrheitsfindung unterwerfende, Denken macht sich zum Maßstab seiner selbst und seines Gegenteils, das es an diesem Kriterium mißt und verwirft. Absolute Rationalität schließt ein: Absage an jede Art von Vorurteil, Aberglauben, ungeprüfter Mei-

nung; nur das wissenschaftlich Erweisbare hat Anspruch auf Gültigkeit. Bekenntnis zur Erkennbarkeit der Welt, prinzipiell auch zur Erkennbarkeit des bislang noch Unerkannten. Annahme einer rational erfäßbaren Struktur der Welt, deren Ordnung als solche unserer Vernunftvorstellung von Ordnung entspricht, und des Weltgeschehens, dessen Prozesse gesetzmäßig verlaufen.

Rationalität als metaphysisches Axiom ist eine weltanschauliche Vorentscheidung. Man kann sie plausibel machen⁶⁾, aber nicht in strengem Sinne beweisen, da ein solcher Beweis ihre Gültigkeit bereits voraussetzen, und somit einem *circulus vitiosus* verfallen würde. Während die Haltung der Demut diese weltanschauliche Entscheidung in entgegengesetztem Sinne trifft und das „*credo, quia absurdum*“ Tertullians akzeptieren muß, kann die den Liberalismus fundierende Haltung der Selbst-Ständigkeit nur auf der Basis der Rationalität durchgehalten werden. Denn der Mensch als das *animal rationale* (nach antiker Definition) kann sich seines Eigenwertes nur versichern, wenn er das auszeichnende Merkmal seiner selbst, eben die *ratio*, absolut setzt.

Den praktischen Sinn der Rationalität als Element des Liberalismus, hat Walter Erbe umrissen: „Rationalität als Anspruch an die Freiheit heißt, weder aus Willkür noch aus blindem Gehorsam zu handeln, sondern aus Einsicht. Damit meint der Liberalismus die Überprüfung der Gedanken, die Deutung der Erfahrung und Unterscheidung der Wirklichkeit gegenüber dem Nichtunterscheidenkönnen der Leidenschaft und des Fanatismus ... Deshalb ist der Liberalismus bereit, was ihm von außen an Wahrheiten zukommt, nicht nur als Gegensatz zu nehmen, sondern in sich hineinzubilden. Gerade die Einförmigkeit geistiger Substanzen, woher sie kommen, in das eigene Ich gehört zum Wesen liberaler Haltung. Ich habe deshalb den Liberalismus einmal das politische System des integrierenden Realismus genannt. Denn er hat einen dynamischen Begriff von der Wahrheit, nicht einen statisch-absolutistischen“. Eine *Leibniz'sche* Offenheit schlägt sich in diesen Worten nieder, der jeder Dogmatismus unsicherer Hypothesen fremd sein soll⁷⁾. Der Haltungscharakter des Liberalismus wird an dieser Stelle besonders deutlich. Denn nur als Haltung kann eine solche Offenheit bestehen, als Theorie, Programm, System ist sie dauernd Verfestigungen ausgesetzt, die erst durch den aus der Haltung geborenen Widerspruch wieder aufgebrochen werden.

c) Rationalität stellt den Menschen in die Selbstverantwortung. Er muß aus seiner eigenen Vernunft heraus entscheiden, denn keine Autorität kann ihm die Überprüfung von Behauptungen und Schlußfolgerungen abnehmen. Die Vernunft ist notwendigerweise immer individuell, ihr Erzeugnis, die Vernunftwahrheit, hingegen immer allgemeingültig. Aus diesem Widerstreit von individueller Wahrheitssuche und allgemeiner Wahrheitsaussage, ergibt sich die Pflicht der Nachprüfung, also auch die Pflicht, die Beweise für eine getroffene Aussage vorzulegen. So formuliert Thomas Dehler: „Der Liberale ist der selbstdenkende, aus dem Selbstvertrauen der Vernunft verantwortlich handelnde Mensch“. Diese rationale Selbstverantwortlichkeit macht den Menschen innerweltlich autonom. Er ist keinem Gesetz unterworfen, das nicht aus seiner eigenen Vernunft geboren ist — nur die Einsicht in das für alle Menschen als Bedingung des Daseins des Einzelnen Notwendige kann für den Menschen gesetzgeberisch sein. Insofern ist Kants „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ der ethische Katechismus der Liberalität⁸⁾. Rationalität, Liberalismus und innerweltliche Autonomie des Menschen gehören zusammen. Eine liberale Theorie, die auf diesen Zusammenhang verzichten wollte, wäre undenkbar. Die aufklärerische Gesinnung des Liberalismus ist nicht aufzuheben, ohne daß der Liberalismus selbst negiert würde.

Das muß klar zu Bewußtsein gebracht werden, weil heute nicht wenige Vertreter liberaler Ideen zu einem Verzicht auf Rationalität und menschliche Autonomie, zu einer Mythisierung bestimmter Verhältnisse, Ordnungen und Institutionen geneigt sind. Das gilt zum Beispiel für Wilhelm R ö p k e , der als einer der ersten nach dem Kriege sich für die Erneuerung des Liberalismus eingesetzt, dabei aber entscheidende Voraussetzungen der Liberalität aufgegeben hat. Da heißt es etwa: „Wer nämlich die Gesellschaft für einen einfachen Verband von Individuen hält, welcher mit dem logischen Verstand des einzelnen zu erfassen ist, wird unvermeidlicherweise zu dem Schlusse verführt, erstens, daß nichts in der Gesellschaft geduldet werden sollte, was nicht in das klare Bewußtsein des einzelnen tritt, nichts, was das ungeplante und unbewußte Ergebnis ungezählter Einzelakte ist, wie etwa der Eisenpreis, der Devisenkurs oder der Kapitalzins, und zweitens, daß der menschliche Verstand ausreicht, das Ganze der Gesellschaft und Wirtschaft nicht nur zu begreifen, sondern auch nach einem bewußten Gesamtplan zu lenken“⁹⁾. Dem kann, aus dem Geiste des Liberalismus selbst, nicht scharf genug widersprochen werden. Natürlich sind Gesellschaftsordnungen rational einsehbare Beziehungssysteme ihrer individuellen Glieder, wobei es selbstverständlich ist, daß aus der Integration der Individuen in die Gesellschaft neue Seinsqualitäten entspringen, die nicht einfach als Summe der individuellen Merkmale der integrierten Glieder gefaßt werden dürfen, aber doch intelligibel und gesetzmäßig beschreibbar sind. Wer das nicht zugibt, macht die Gesellschaft zu einer mythischen Größe (wie die „Volksgemeinschaft“ der nationalsozialistischen Ideologen), die Aufopferung statt Erkenntnis fordert. Dagegen ist Thomas D e h l e r zu zitieren: „Der liberale Glaube geht vom Menschen aus, der sich seine Ordnung schafft, immer wieder von neuem schafft ... Wir haben keinen theokratischen, keinen Kirchenstaat, sondern einen säkularen Staat. In ihm waltet das Gesetz der Vernunft, der Wille, die Dinge des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft möglichst zweckmäßig zum Besten der Gesamtheit aller Menschen zu ordnen“.

Die Frontstellung gegen eine religiös-institutionelle (also klerikale) Staatsauffassung, die den Staat in dogmatisch fixierte Formen pressen will, ist dem Liberalismus traditionell — sie ist heute, in einer Zeit klerikaler Restitution und klerikal-faschistischer Ambitionen, besonders aktuell. Sie kommt aus jener grundsätzlichen Anerkennung der Selbstverantwortlichkeit des Menschen für die Gestaltung seines Lebens und Zusammenlebens, die man als Freiheit oder Autonomie bezeichnet. Die Theoretiker des Liberalismus legen Wert darauf, diese menschliche Autonomie auf den Bereich der irdischen Dinge zu beschränken: „Die liberale Idee gibt keine Lösungen für die Ewigkeitsentscheidungen des Menschen. Das ist nicht ihre Sache, ist nicht Sache einer politischen Partei“ (Dehler). Was über die innerweltliche Selbständigkeit hinausgeht — religiöse Bindung an die Transzendenz oder atheistische Leugnung — fällt nicht mehr in den Bereich des Liberalismus; dieser läßt für beides Raum. Er nimmt zur Religion ein positiv-indifferentes Verhalten ein. Die Nachbarschaft zum Protestantismus in seinen nicht-eifernden Formen bleibt für viele Liberale bestehen, ist aber nicht zwingend. Das Bekenntnis zur Rationalität hat an den Grenzen dieser Welt ebenfalls seine Grenze.

d) Bindend ist hingegen der Primat der Wissenschaft als Korrelat der Rationalität. Was wissenschaftlich widerlegt oder als unwahrscheinlich erwiesen ist, kann der Liberale nicht mehr in seine Weltanschauung aufnehmen. Theorie und praktisches Handeln müssen sich nach dem Stand der Erkenntnis, nach dem wissenschaftlich Begründeten richten. Der Liberalismus läßt darum seinem Wesen nach auch echte Diskussion zu, weil über den Beweiswert und die Gültigkeit wissenschaftlicher Argumente mit objektiven Methoden und mit der Aussicht

auf ein überzeugendes Ergebnis gestritten werden kann. Dieses Ergebnis, sobald es gesichert ist, muß allerdings für den Liberalen kraft seiner rationalen Grundeinstellung zwingend sein, auch dann, wenn es überkommenen und lieb gewordenen Vorstellungen widerspricht.

Der Primat der Wissenschaftlichkeit schließt allerdings — im Gegensatz zu der von Röpke¹⁰⁾ vertretenen Auffassung — ein, daß man der Wissenschaft die Vorzeichnung des gesellschaftlich-politisch Anzustrebenden zutraut und zuweist. Das politische Zielbild muß wissenschaftlich fundiert sein, so sehr die politische Praxis aus Rücksicht auf widerstrebende Kräfte zu Abweichungen davon gezwungen sein mag. Wer politische Diskussion mit wissenschaftlichen Argumenten und Methoden betreiben will, darf die Gesellschaftswissenschaften¹¹⁾ nicht davon ausschließen, selbst politische Zukunftsdiagnosen und Zielrichtungen aufzustellen. Wissenschaft ist nicht nur nachträglich deskriptiv und explikativ, sondern auch antizipierend normativ. Hier liegt eine im Wesen der liberalen Rationalität begründete Forderung, die der pragmatische Politiker wohl am schwersten anerkennen wird. Gerade sie ist aber mit dem echten Liberalismus fest verbunden.

II.

Der traditionelle Freiheitsbegriff des Liberalismus

a) Wie das Selbstverständnis des Menschen von der Rationalität her ein Erbstück des aufgeklärten Bürgertums ist, so auch der Begriff der Freiheit, jener zweite tragende Pfeiler in der Ideenwelt des Liberalismus. Es zeugt zwar von einem abgrundtiefen Mißverständnis des Wesens der Freiheit, und ihrer ideengeschichtlichen Bedeutung für den Liberalismus, wenn Reinhold Maier unbekümmert erklärt, die Freiheit sei „die Ideologie der Liberalen“¹²⁾. Eine solche Formulierung zeugt nur von Begriffsverwirrung: eine Ideologie ist ein System von Ideen, das in seiner Gesamtheit Ausdruck einer bestimmten weltanschaulichen Perspektive ist, als welcher es charakteristischen Verzerrungen der Wirklichkeit unterliegt, denen zufolge die widergespiegelte Realität im Spiegelbild der Ideologie nicht mehr getreu abgebildet erscheint; der Verzerrungskoeffizient setzt sich aus objektiven, in der Selbstverschleierung der Realverhältnisse begründeten, und subjektiven, aus klassegebundenen oder persönlichen Interessen resultierenden, Faktoren zusammen¹³⁾. Freiheit als philosophischer und politischer Einzelbegriff kann nur ein Bestandteil einer Ideologie sein, während der mit diesem Begriff gemeinte Sachverhalt außerhalb jeder ideologischen Auslegung existiert. Die Frage muß darum lauten, ob der Freiheitsbegriff im Rahmen einer bestimmten Ideologie sich mit dem Begriffsgegenstand deckt oder ihn verfälscht.

Wenn Reinhold Maier also die Freiheit als die Ideologie der Liberalen bezeichnet, so müßte er genau genommen damit gemeint haben, daß der Begriff im liberalen Denksystem ideologisiert, d. h. verfälschenden Modifikationen ausgesetzt ist. Das wollte Maier bestimmt nicht sagen, wenngleich er damit einen nicht unrichtigen Sachverhalt ausgesprochen hätte. Wir werden nämlich im weiteren Verlauf unserer Untersuchung sehen, daß der liberale Freiheitsbegriff heute tatsächlich zu eng ist, und den ganzen Begriffsinhalt nicht umfaßt, folglich verzerrend und irreführend wirken muß, wenn er absolut gesetzt wird. Doch davon später. Hier dient uns die ungenaue Formulierung des liberalen Politikers (so sehr diese Unexaktheit das Indiz für eine prinzipielle theoretische Schwäche des politischen Liberalismus ist), nur als Ausgangspunkt, zunächst einmal schärfer zu umreißen, was Liberalismus als politische Doktrin und Haltung der Welt gegenüber überhaupt bedeutet.

Freiheit hat einen zweifachen Sinn: einmal als Freiheit der individuellen Persönlichkeit, wie sie im Grundgesetz verbürgt ist, ohne daß dort eine nähere Bestimmung des Inhalts dieser Persönlichkeitsfreiheit gegeben würde; zum anderen als Freiheit in der Gemeinschaft, die wiederum doppelt gegliedert ist: „Die Freiheit in der Gemeinschaft hat einen doppelten Bezug: die bürgerliche Freiheit, die Möglichkeit, aus eigenem Willen und eigener Verantwortung zu leben, und die politische Freiheit, die Teilnahme an der Ordnung des Staates und an der politischen Macht der Gemeinschaft. Die beiden Freiheiten machen die liberale Idee vom Menschen aus, sie bedingen sich gegenseitig“ (Dehler). Diese Unterteilungen sind praktisch, wenn auch begrifflich nicht scharf. Mit Recht betont W. R. Beyer: „Auch die politische Freiheit ist Freiheit der Person — und die persönliche Freiheit beinhaltet erst recht die politische Betätigung“¹⁴). Insofern hier der Gattungsbegriff Freiheit (und nicht nur eine seiner Arten) als verfassungsrechtlich bedeutsam hingestellt wird, stimmen wir dem unbedingt zu. Eine Teilung des Freiheitsbegriffs in einen persönlich-privaten und einen politischen, anders gesagt: in einen moralischen-innerlichen und einen juristisch-äußerlichen, kann nur zur Rechtfertigung von Freiheitsbeschnidungen mißbraucht werden und übersieht die Tatsache, daß der Mensch (nach der aristotelischen Definition) immer ein „zoon politikon“ ist¹⁵).

Dennoch hat die Gliederung der Freiheit in ihre verschiedenen Arten einen guten Sinn, weil es tatsächlich verschiedene (und in der Freiheitsproblematik divers betroffene) Bereiche menschlichen Lebens gibt. Nur ist der in die Verfassungsgeschichte eingegangene und dem liberalen Denken entstammende Begriff der Freiheit der Persönlichkeit nicht sehr geeignet, eine gesonderte Freiheitssphäre zu bezeichnen und konkrete, als Rechtstitel verbürgte Inhalte, zu umreißen. Das liegt einmal daran, daß die diesen Artbegriff bestimmende *differentia specifica* — die Persönlichkeit — kein eindeutiger Begriff ist, mit dem sich prägnante Vorstellungen verbinden; im Namen des Freiheitsrechtes der Persönlichkeit kann man „Ehrenschutzgesetze“ planen, die die konkrete Freiheit der Presse knebeln sollen! Zum anderen liegt es daran, daß der Ausdruck „Freiheit der Persönlichkeit“ offen läßt, ob es sich dabei um einen Genitivus subjectivus oder um einen Genitivus obiectivus handelt: der Gen. subj. würde besagen, daß die Persönlichkeit frei ist (Freiheit aus sich hervorbringt), daß also da, wo es keine Freiheit gibt, es auch keine echte Persönlichkeitsbildung geben kann — der Gen. obi. würde aber Freiheit für die Persönlichkeit meinen, also ein Postulat aufstellen; schließlich könnte es sich auch noch um einen Genitivus possessivus handeln, also Freiheit als ein Besitz der Persönlichkeit betrachtet werden, wie es in der Tat oft geschieht, ohne daß man wüßte, wie Freiheit zu einem Besitztum verdinglicht und unter den Anwendungsbereich der Kategorie *Haben* subsumiert werden könnte¹⁶).

Wir kommen der Sache näher, wenn wir bedenken, daß Freiheit kein Eigenschafts- oder Dingbegriff, sondern eine Modalkategorie ist¹⁷). Freiheit der Persönlichkeit heißt dann freies Person-sein. Person-sein kann für unseren Zusammenhang dahingehend definiert werden, daß die unverwechselbare Besonderheit eines Menschen in ihrem Zusammenklang (und evtl. Widerstreit) mit der Umwelt sich in seinem Person-sein manifestiert¹⁸). Freies Person-sein ist dann solches, das die in ihm liegenden Möglichkeiten voll oder zu einem wesentlichen Teile ohne Beeinträchtigung durch vermeidbare oder abwendbare äußere Behinderungen verwirklichen kann. Insofern ist Freiheit der Persönlichkeit die Bedingung unverkürzten Menschseins.

Erinnern wir uns der im vorigen Abschnitt zugrunde gelegten Bestimmung des Menschen als des *animal rationale*, nehmen wir also den Grundbegriff

der Freiheit mit dem der Rationalität zusammen, so ergibt sich der formale Umfang der Persönlichkeitsfreiheit: er fällt mit der unbeschränkten Anwendung der Vernunft als des einzigen Entscheidungsmotivs für menschliches Handeln zusammen. In diesem Sinne definiert Spinoza: „Der freie Mensch ist der, der nach dem Gebote der Vernunft lebt“. Zugleich ist damit die Selbstbeschränkung der Freiheit aus ihrem eigenen Wesen angedeutet. Noch einmal W. R. Beyer: „Bedingt nicht Freiheit schon begrifflich eine gewisse Einschränkung des Wollens und Handelns, nämlich die Einschränkung durch die Vernunft, die Einschränkung durch die Sittlichkeit? Vernunftlose Willkür, triebhaftes Handeln oder launenhaftes Wollen sind nicht Ausfluß der Freiheit. Dem Begriffe der Freiheit ist die Existenz der Vernunft immanent“¹⁹⁾. Damit stimmt Dehler überein: „Die Freiheit ist das Gegenteil von Willkür. Sie ist die Freiheit in der Verantwortung vor der Gesamtheit. Sie verlangt Fähigkeit und Wollen zur Entscheidung“.

Bei näherer Betrachtung fällt also die Freiheit der Persönlichkeit mit der Freiheit zur ungehinderten Entfaltung des Individuums nach den Regeln der Vernunft zusammen. Daß es zwischen Freiheit und Rationalität zu einem Widerspruch kommen kann, bei dem die Rationalität gerade die Funktion der Unterdrückung der Persönlichkeit übernimmt und die Freiheit in der Sphäre des Spiels unter dem Primat der Phantasie wiedergewonnen wird, muß hier außer Betracht bleiben, weil diese Problematik noch nicht hinreichend diskutiert und auf ihre Konsequenzen hinsichtlich des Wesens der Rationalität, die doch auch für jene Theorie ein Kriterium ihrer methodischen Schlüssigkeit bleibt, nicht genügend weitergedacht worden ist²⁰⁾.

Jedenfalls bekennt sich der Liberalismus expressis verbis zu dieser Freiheit der Entfaltung der Persönlichkeit. Erbe nennt ausdrücklich als „Merkmal des Zustandes politischer Freiheit“ die „Individualität“ und fährt fort: „Sie ist die positive Wertung geistiger Selbständigkeit, meint Kultur der qualitativen Persönlichkeit ... Darum fordert der Liberalismus unbedingte Achtung vor der Menschenwürde, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Er will alle menschliche Tätigkeit zur Anteilnahme an der Kultur, zum rechten Menschsein befreien, aus Klassen Menschen machen, wie es Friedrich Naumann, die Sozialbestimmtheit des Liberalismus normierend, formuliert hat. Individualität ist wiederum etwas anderes als Individualismus, Auflösung der Gesellschaft in lauter Einzelne. Wer so wie der Liberalismus die Gewinnung der Einsicht aus der Auseinandersetzung betont, betont damit das Aufeinanderangewiesensein der Einzelnen, die Notwendigkeit, aus Polaritäten und Gegensätzen zu einer für alle tragbaren Entscheidung zu kommen“²¹⁾. Es muß später erörtert werden, inwieweit sich diese Forderung in der bestehenden Gesellschaftsordnung verwirklichen läßt und ob sie nicht im Zusammenhang mit der Bejahung dieser Gesellschaftsordnung ein kontradiktorisches und ein utopisches Element enthält.

b) Zum mindesten erweist sich so die Persönlichkeitsfreiheit als ein Oberbegriff, dem die bürgerlichen und politischen Freiheiten zu subsumieren sind. Um diese handelt es sich nun im engeren Sinne, wenn von der Freiheitslehre des Liberalismus gesprochen wird. Es geht dabei um Freiheitsrechte, die das aufklärerische Bürgertum gegen den Staat zu verfechten und zu erringen hatte. Von daher stammt noch eine grundsätzliche Staatsfeindlichkeit, die dem Liberalismus eigen ist: „Die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte sind Rechte gegen den Staat“ (Erbe). Man erinnert sich des bösen Wortes, daß der Liberalismus dem Staate nur die Rolle des Nachwächters zubillige. Viele der vom liberalen Bürgertum mit Leidenschaft und Opfern erkämpften Freiheiten sind heute selbstverständlich geworden. Dennoch müssen sie genannt werden, um den Umfang des liberalen

Freiheitsbegriffes zu bestimmen. Und es sei nicht vergessen: Notstandsgesetze, Arbeitsdienstverpflichtungen, Einschränkungen der Pressefreiheit (Lex Soraya!) und ähnliches stehen schon wieder zur Diskussion — mit wesentlichen Einschränkungen dieser Freiheitsrechte. Klerikale Schul- und Familienpolitik, Diskriminierung der Rasse und des Glaubens wegen, Verlagerung der jurisdiktiven (zum Teil auch der legislativen) Funktionen auf die administrativen Organe (Polizei, Verwaltungsbehörden, Arbeits- und Finanzämter, Verfassungsschutzämter etc.) sind politische Wirklichkeit. Die liberalen Freiheitsideen, die das Wesen der bürgerlichen Demokratie bestimmen, sind keineswegs so gesichert, wie die Verfassungstexte glauben machen wollen. So haben diese Vorstellungen politischen Aktualitätsgehalt.

1. An erster Stelle in der Liste der bürgerlichen Freiheiten stand lange die **Freizügigkeit**: freie Wahl des Wohnorts, unbehinderter Ortswechsel, freie Reisemöglichkeit. Wie sehr diese Art Freiheit von anderen Dingen abhängt (Berufswahl, Positionsangebote, Sprachkenntnisse, Geldmittel, Bindung an immobilien Besitz usw.), erhellt auf den ersten Blick. Freizügigkeit kann nicht Vagantendasein bedeuten, solange Erwerbsrücksichten eine Rolle spielen. Nur der wohlhabende Rentier vermag es sich zu leisten, als Globetrotter zu leben. Wer sonst es auch möchte, wird durch Existenzsorgen zurückgehalten. Die Freizügigkeit im modernen Industrie- und Beamtenstaat ist eine relative. Der Angestellte muß Versetzungen in Kauf nehmen, wenn er nicht auf wohlerworbene Rechte verzichten will. Immerhin ist ein gewisses Maß an Freizügigkeit gesichert, zum mindesten in Abwägung gegen andere Belange.

2. Wichtiger ist die **Freiheit von Privilegien**. Vor allem das Ausbildungsprivileg der herrschenden Klasse ist von den Benachteiligten stets als eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer Freiheit empfunden worden. Auch heute noch ist es nicht ganz behoben. Wohl gibt es in verschiedenen bundesrepublikanischen Ländern Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Aber das Problem, daß der höhere Schüler vier Jahre länger der Familie zur Last fällt, der Student gar noch einmal darüber hinaus etwa fünf bis sechs Jahre (und meist zusätzliche Zuwendungen braucht), ist damit nicht gelöst. Vielfach übersteigt diese Anforderung die Finanzkraft der Eltern. Gleiche Ausbildungsmöglichkeiten bestehen auch nicht in sachlicher Hinsicht. Wer seinem Kind über die Schule hinaus Privatunterricht und Überwachung zuteil werden lassen kann, verschafft ihm Vorteile. Wenn es auch kein Bildungsprivileg im alten Sinne mehr gibt, so erzeugt doch die verschiedene Einkommens- und Eigentumslage der Elterngeneration ein subtiles System von Bevorzugungen und Nachteilen für die Filialgeneration. Die Gleichheit der Ausgangssituation ist keineswegs gewährleistet. — Auch sonst gibt es Standesprivilegien, zum Teil berufsständische (z. B. Beamtschaft), zum Teil konventionelle (z. B. der studentischen Verbindungen). Freiheit als Gleichheit ist immer bedroht. Nicht einmal Gleichheit vor dem Gesetz ist gesichert, wenn auch legaliter verbürgt. Dennoch gilt: „Es ist altes Gedankengut, daß die Freiheit als solche den Grundsatz der Gleichheit aller beinhaltet . . . Das Gleichheitsideal ist heute zum Kriterium einer politischen Weltanschauung geworden. Alle Parteien vertreten es, und doch sieht es jede anders . . . Wahre Demokratie erfordert, daß der Grundsatz der Gleichheit aller aufrecht erhalten bleibt“²²). Die alte Verknüpfung von Freiheit und Gleichheit in der Losung der französischen Revolution gehört auch zum traditionellen liberalen Ideenschatz. Dennoch wird sie am leichtesten preisgegeben. Von Gleichheit ist bei Erbe und Dehler wenig die Rede, eher abwehrend wird sie genannt; Röpke konstruiert sogar einen Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit²³). Gewiß gerät der überlieferte Liberalismus bei diesem Problem auf Glatteis. Er müßte jedoch heute Lösungen suchen,

die die Gleichheit nicht aufgeben oder mindern, sei es auch um den Preis, daß er bestimmte liebgewordene Vorstellungen von der Organisation der Gesellschaft modifizieren müßte.

3. Zu den umstrittensten Freiheitsrechten — und zu den fragwürdigsten, wenn man sie verabsolutiert — gehören die Freiheit der Meinungsäußerung und der Religionsausübung. Auch sie gehören zum alten und festen Bestand liberaler Doktrinen. Von den Artspecifica her gesehen ist es nicht ganz richtig, sie in einem Atemzug zu nennen. Denn die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist eine ganz und gar subjektive, eine Gewissensfreiheit, die keinen politischen Belang hat, solange die Religionsgemeinschaft oder ihre Verhaltensnormen nicht in Widerspruch zu den staatlichen Gesetzen geraten. Die gegen jede Art autoritäre Orthodoxie gerichtete Forderung nach Freiheit des religiösen Bekenntnisses richtet sich darum vor allem gegen klerikalistische Staatsformen, sinngemäß gegen alle auf Ausübung eines Gewissenszwangs oder einer staatlichen Institutionalisierung gerichtete Kirchenpolitik (auf den Antiklerikalismus der Liberalen wird später noch einzugehen sein). Ein unbehelligter Raum innerer Entscheidungen soll dem Einzelnen freigehalten werden, Entscheidungen existentieller Art, die sich der Zuständigkeit des Vernunftzwanges entziehen, insofern es hier keinen Eindeutigkeitsbeweis gibt. Das offene Eintreten für diese Entscheidungen gehört dazu. Die innere Verbundenheit des Liberalismus mit dem ursprünglichen Geiste des Protestantismus wird hier deutlich.

Dieser reinen Gedanken- und Gewissensfreiheit, die ins praktisch Politische da umschlägt, wo sie den Respekt des Staates fordert, also z. B. bei der Wehrdienstverweigerung, ist die Freiheit der Meinungsäußerung mit ihren Unterarten der Redefreiheit, der Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit entwachsen. Sie enthält politischen Aktionsstoff, weil sie auf die Änderung bestehender politischer Verhältnisse hinwirken kann. Gerade gegen diese aktivierende Rolle wird jedoch viel gesündigt, Freiheit der Meinungsäußerung wird oft als bloßes folgenloses Abreagieren von Kritik und Ärger verstanden und so neutralisiert. Redefreiheit, die nicht potentielle Tathandlung ist, verdient ihren Namen nicht. Unter ihrem Vorwand wird dann gerade das Geschäft der Unfreiheit betrieben²⁴). Indem man dem Menschen die Freiheit wirkungsloser Reden zugesteht, gibt man ihm die Illusion der Freiheit und verschleiert tatsächliche Unfreiheit. Redefreiheit bleibt dann bloße Gedankenfreiheit, in die Innerlichkeit verbannt, subjektiv und damit unpolitisch. Die Verteidigung der Redefreiheit muß eine Verteidigung der politisch wirkungsvollen Rede sein, wenn sie einen Sinn haben soll. Gerade die zündende, die aufrührende Meinungsäußerung ist urliberale Tradition.

4. Im Umkreis der Freiheit der Meinungsäußerung und Religionsausübung entspringt die Toleranz, eine Haltung gegenüber Andersdenkenden, die mit der Liberalität von Grund auf verknüpft ist. Toleranz würde allerdings mißverstanden, wollte man sie nur als indifferentes Geltenlassen des Anderen, gar als ein widerwilliges Hinnehmen eines Gegensätzlichen nur eben um seiner Existenz willen üben. Allzuleicht schlägt diese Gleichgültigkeit, dieses sich bloß abgerungene Ertragen in einen missionierenden Zelotismus um, der schließlich die Ausrottung des mißbilligten Unverstandenen (vielleicht sogar aus subjektiv lauterer Motiven) betreibt. Es gibt eine Toleranz aus Schwäche, die also nur darum toleriert, weil sie nicht vernichten kann. Diese Un-Art ist die Keimstätte ihres furchtbaren Gegenteils, der Ursprung jenes unbeteiligten Zusehens und manchmal schlimmer noch des engagierten Mitmachens, wenn Hexen und Häretiker, Juden und Neger, bekennende Christen und Kommunisten und nicht zuletzt die wahren Hüter der Toleranz verfolgt und exekutiert werden. Echte Toleranz ist solche aus der Stärke der Einsicht, aus einer Stärke, die das unerschütterliche Vertrauen in

den Sieg der Vernunft und des vernünftigen Arguments besitzt, aus einer Einsicht, die um die vielfältigen Gestalten der Wahrheit weiß. Ein dialektischer Wahrheitsbegriff, wie er von einem Nikolaus Cusanus, einem Leibniz und einem Hegel herausgearbeitet wurde, ist die Grundlage solcher Toleranz. Keine Einzelmeinung und Einzelerkenntnis kann die ganze Wahrheit, kein noch so vollkommenes Denksystem das Ganze der Wirklichkeit umfassen. Wahrheit ist selbst ein historischer Prozeß (sie offenbart sich nicht nur darin), und die Stufen dieses Prozesses haben ihre relative, auf die anderen Stufen gerade in ihrer *diversitas* und *differentia* (in ihrem Anders- und Unterschiedensein) bezogene, Berechtigung. Respekt vor der Meinung des Anderen bezeugt man wahrhaft nur, wenn man diese Meinung als Teil des dialektischen Prozesses der Wahrheitsfindung und Wahrheitswerdung bejaht, selbst dann, wenn man sie für falsch hält oder auch, wenn sie als falsch erwiesen ist; denn auch die Widerlegung des Falschen gehört zum Werden der Wahrheit (subjektiv als richtige Einsicht — *adaequatio intellectus et rei* — objektiv als Übereinstimmung eines Zustandes mit dem Seinsgesetz der Dinge — *harmonia rerum*²⁵⁾; man denke an Leibniz). Nur aus diesem, sich selbst beschränkenden Wissen um die Unendlichkeit und den Prozeßcharakter der Wahrheit kann Toleranz erwachsen, die nicht aus sich selbst heraus gefährdet ist. Die Vorstellung, man könne eine Wahrheit dogmatisch fixieren, man könne sie ein für allemal besitzen und verkünden, muß notwendig zur Intoleranz führen.

Politisch ist solche Toleranz gegen die Übermächtigung durch Eiferer zu sichern. Es muß einen institutionellen Schutz der Toleranz geben, damit diese wirksam bleiben kann. „Der Rechtsstaat ist gegen alle tolerant, die nicht durch Intoleranz zur Gewalt drängen. Selbstverständlich darf es keine Freiheit geben, zur Zerstörung der Freiheit. Es gibt also kein absolutes Toleranzprinzip. Und im übrigen weiß der Liberalismus sehr wohl, daß es Toleranz allein oft genug nicht tut: Politik verlangt oft, daß man sich um Einigung bemüht. Es gibt reichlich Anlässe, die über die Toleranz hinaus zur Loyalität untereinander verpflichten: so vor allem in gemeinsamer Lebensgefahr“ (Erbe). Letztlich mündet also Toleranz auch im liberalen Verständnis in *Solidarität*. Deren Tragweite als innere Einstellung und äußeres Wirkensprinzip im Rahmen der Liberalität ist noch nicht hinreichend durchdacht. Solidarität ist die Idee, die gerade genossenschaftlichem und sozialistischem Denken zugrunde liegt. Hier muß der Liberalismus Berührungspunkte suchen und Grenzen ziehen, aber Grenzen, über die der Brückenschlag möglich wird.

5. Wo Toleranz nicht nur im Geistigen, sondern auch im Politischen wirken soll, ist die Sicherung von Leib, Leben und Bewegungsfreiheit der Person erforderlich. Die Instanzen des Staates müssen in ihrem Verhalten gegen den Einzelbürger gezügelt werden. Inhaftierungen und Exekutionen dürfen nicht willkürlich erfolgen. So ist eines der ältesten Rechte, das liberale Politiker (im weitesten Sinne des Wortes) erkämpften, das *Habeas-Corpus-Prinzip*. In ihm manifestiert sich politische Freiheit im engeren Sinne, nämlich als Freiheit von einem von den Staatsinstanzen ausgeübten ungerechten Zwang²⁶⁾. Der Zwangscharakter des Rechtes berührt das Wesen der Freiheit nicht²⁷⁾. Es ist dies gerade ein Zwang aus Freiheit. Problematisch ist unter diesem Aspekt zwar das „Recht der Rechts-Erzeugung“²⁸⁾; gerade hier wird der Liberalismus eine eigene Gesellschafts- und Staatstheorie entwickeln müssen, die dem Zusammenhang von Recht und Gesellschaft gerecht wird²⁹⁾. Auf jeden Fall wird der Liberalismus dahin wirken müssen, die rechtsfreie Sphäre³⁰⁾ möglichst weit zu halten, eine Gesetzesinflation zu verhindern, dem Wuchern juristischer Regulationstendenzen entgegenzutreten. Ausgangspunkt ist für den Liberalismus dabei immer der Ge-

danke, daß dem Individuum ein Zuviel an Staatseingriffen erspart bleiben muß — und das „Habeas Corpus“ ist davon nur der erste, allerdings grundlegende Teil.

6. Indem die Individualsphäre von Staatseingriffen so weit wie möglich freigehalten wird, ist der Einzelperson zugleich die verantwortliche Selbstgestaltung ihres Lebens und der aus ihren Tätigkeiten resultierenden Bindungen und Verbindlichkeiten garantiert. Hier setzt allerdings innerhalb des Liberalitätsprinzips selbst eine Freiheitsbeschränkung ein, die jedoch im Wesen der Freiheit notwendig beschlossen liegt. Insofern nämlich die Vertragsfreiheit einerseits die Möglichkeit zur unabhängigen Daseinsentfaltung gemäß einem eigenen Lebensplan sichert, legt sie doch andererseits die Individuen als Vertragspartner auf freiwillig übernommene Verpflichtungen fest. „Pacta sunt servanda“ ist ein naturrechtlicher Grundsatz, der aus dem Wesen des gesellschaftlichen Seins resultiert. Aus diesem Grundsatz gehen indessen bestimmte Freiheitseinschränkungen, bestimmte Zwangsinstitutionen hervor, die mit der Formierung von Individuen zu Gesellschaftsverbänden unweigerlich verknüpft sind. Die Fundamentalprobleme des Rechts sind im Grunde solche des Verhältnisses von Freiheit und Ordnung. Insofern sich der Liberalismus zur Idee der Rechtsstaatlichkeit bekennt³¹⁾, muß er diese immanente Dialektik von Freiheit und Ordnung bejahen und die Eingrenzung des Freiheitsumfangs durch Ordnungsgehalte anerkennen. Hier liegen die entscheidenden historischen Anpassungsfragen des Liberalismus: inwieweit kann er Ordnungsprinzipien, die neuen gesellschaftlichen Lebensbedingungen entsprechen (Industriegesellschaft, Massenproduktion etc.), in seine Freiheitsvorstellungen einbauen, also den Freiheitsbegriff des 18. und 19. Jahrhunderts modifizieren?

Zur Gattung der Vertragsfreiheit gehört die Koalitionsfreiheit — und damit wird die private Sphäre auf die öffentliche hin überschritten. Koalitionsfreiheit ist die Voraussetzung einer demokratischen Ordnung, zu der der Zusammenschluß von Staatsbürgern zum Zwecke gemeinsamer Interessenvertretung gehört. Grundsätzlich darf es in einer Demokratie, zum mindesten in einer liberal verstandenen, keine Privilegien für bestimmte Organisationen geben³²⁾. Die Freiheit, sich zu Interessenverbänden, zu Parteien oder zu Weltanschauungsgemeinschaften zu vereinigen, wird nur durch die Schutzbestimmungen zur Erhaltung der demokratischen Ordnung begrenzt. Und diese Schutzbestimmungen müssen so formuliert sein, daß sie den Mißbrauch zugunsten bestehender oder herrschender Gruppierungen, den Mißbrauch zu ungunsten Andersdenkender ausschließen.

7. Damit kommen wir zum entscheidenden Moment der politischen Freiheit: das ist die Freiheit zur Mitgestaltung der Gesellschaft. In der Gewährung und Sicherung dieser Freiheit liegt der Schlüssel zur Demokratie, in der Fixierung dieser Freiheit auf bestimmte überkommene Formen die Gefährdung der Demokratie. Naturgemäß sieht die Mitgestaltung der Gesellschaft in einem schweizer Kanton von leicht überschaubarer Größe und Gesellschaftsstruktur anders aus als in einem hoch industrialisierten Großstaat mit ausgedehnten Grundstoffindustrien und dicht zusammengeballten Menschenansammlungen. Die athenische Volksversammlung auf der Agora war ein für die griechische Polis praktikables Prinzip, das parlamentarische System auf der Basis des Mehrheitswahlrechts entspricht den Erfordernissen eines stark aufgegliederten, dezentralisierten Staates, das Verhältniswahlrecht kommt weit gestreuten Interessengruppen zugute. Ob der bisherige Parlamentarismus auch in der Massengesellschaft der Gegenwart und Zukunft die demokratische Freiheit sichern kann, muß dahingestellt bleiben. Der Liberalismus braucht sich auf ihn nicht festzulegen, es könnte auch andere Organisationsformen der Gesellschaft geben, die

den liberalen Idealen entsprechen. Hinter den Parlamentarismus zurück (etwa zu ständischen Staatsformen, wie sie einigen romantischen und halbfaschistischen Ideologen vorschweben) gibt es allerdings keinen Weg, wohl aber über ihn hinaus. Auch darüber muß sich der Liberalismus klar werden.

Die Mitgestaltung der Gesellschaft durch den Staatsbürger ist jedenfalls eine alte, bisher immer nur unzureichend verwirklichte Freiheitsforderung, zu deren Anwalt sich der Liberalismus eh und je gemacht hat und die zu seinem politischen Elementarprogramm gehört. Die Autonomie des Menschen, der Vorrang der Vernunft und die Freiheit der Persönlichkeit finden darin ihren politischen Ausdruck.

8. Nach liberaler Auffassung ist das Funktionnement der freiheitlichen Gesellschaft gebunden an den Wettbewerb als das Prinzip der größtmöglichen Freiheitsentfaltung des Individuums im Zusammensein mit anderen Individuen. Wenn Dehler Freiheit als „die Möglichkeit des Einzelnen, sich frei zu entfalten, aus eigenem Wollen und eigener Verantwortung zu leben“ definiert, so schließt dieser Freiheitsbegriff ein, daß das Wollen der einzelnen rivalisierend sein kann: sei es im Streben nach erreichbaren Positionen und Gütern, sei es im Streben, sich von anderen abzugrenzen und einen Raum selbständigen Eigenseins auszusondern. Nur in der gegenseitigen Beschränkung durch die Freiheitsrechte jedes anderen verwirklicht sich die Freiheit aller als die Freiheit jedes einzelnen. Diese Beschränkung wird hergestellt durch die Konkurrenz jedes mit jedem: indem jeder einzelne um seinen spezifischen Freiheitsraum als den Raum zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit ringt — gegen alle anderen ringt — wird dieses Ineinanderverflochtensein von Beschränkung und Selbständigkeit hergestellt, das die Freiheit in der Gemeinschaft ausmacht³³). Zugleich sichert der Wettbewerb das Leistungsprinzip, insofern jeder so viel an Einsatz aufwenden muß, wie er braucht, um den von ihm erstrebten Entfaltungsraum gegen den Einsatz der Konkurrenten freizukämpfen.

Wettbewerb ist auch das Prinzip der parlamentarischen Parteiendemokratie, insofern der rivalisierende Widerstreit von Regierungspartei und Opposition genau dem Konkurrenzschema folgt. Der politische Wettbewerb schafft damit zugleich die Kontrollinstanz für die politische Macht. „Der Liberalismus kann nicht veralten. Die Überzeugung, daß der Wettbewerb die schöpferische, die regulierende Kraft ist, ist nicht veraltet; veraltet ist — so mit Recht Walter Eucken — die Ansicht, sie sei veraltet. Der Wettbewerb unterwirft jeden einzelnen der Kontrolle des Marktes, entmachtet ihn wirtschaftlich und politisch, verhindert Machtzusammenballungen und zwingt zur Leistungssteigerung“ (Dehler). Die konkurrierenden Interessen bestimmen den Wettstreit der für sie eingesetzten Leistungen und erlauben dem einzelnen nach liberaler Auffassung die partielle Kontrolle des Ganzen. Im Wettbewerb bestimmt jeder zu seinem Teil das Ganze mit, dadurch daß er nach Verwirklichung seines Teils strebt. Ob diese Grundform der wettbewerblichen Ordnung auch in der Massengesellschaft noch unverändert realisierbar ist, muß allerdings fraglich bleiben.

Über diesem Ideenunterbau von Rationalität und Freiheit erhebt sich das liberale Menschen- und Gesellschaftsbild, die liberale Kultur- und Wirtschaftskonzeption. Wir werden darum zunächst die Tragfähigkeit dieses Unterbaus diskutieren müssen, um die aktuellen Probleme und Schwierigkeiten des Liberalismus zu verstehen: Inwieweit ist das Selbstbewußtsein des Liberalismus heute in eine Krise geraten? Diese Frage soll im folgenden Heft behandelt werden.

Anmerkungen:

¹) Walter Erbe, Liberalismus in heutiger Zeit, Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Berlin am 22. Mai 1959 (Manuskript).

²⁾ Thomas Dehler, Rede auf dem Bundesparteitag der FDP 1959 in Berlin (Manuskript); ders., Das liberale Leitbild (Manuskript).

³⁾ Karl-Hermann Flach, Der Freiheitsbegriff in der Welt der Technik, „liberal“ Jg. 1, Nr. 1, p. 9 ff.

⁴⁾ Wilhelm Röpke, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt am Main 1947.

⁵⁾ Wir können hier die Entstehung dieser Selbsteinschätzung im abendländischen Denken, die Logos-Philosophie der Griechen und ihre Hierarchie der Seelenkräfte, die Gleichsetzung des geistigen Seins mit dem *summa ens* und die also weit verzweigte Genealogie des modernen Selbstbewußtseins nicht verfolgen. In diesem Zusammenhang kommt es ja nur auf die Geistesgeschichte der Neuzeit an.

⁶⁾ Der Plausibilitätserweis ist in methodologischer Hinsicht leider noch völlig unerforscht, obwohl er für die „Logik und Systematik der Geisteswissenschaften“ eine entscheidende Rolle spielt.

⁷⁾ Wir müssen es hier dahingestellt sein lassen, ob die Liberalen in der Praxis diesem Anspruch genügen. Hier sei nur das „Leitbild“ umrissen, das sie für sich selbst entwerfen.

⁸⁾ Inwieweit das Bekenntnis dazu über den Liberalismus hinausführt, Liberalismus also transitorisch verstanden werden muß, bleibe hier unerörtert. Auf den utopischen Gehalt des kategorischen Imperativs hat Ernst Bloch, Zweierlei Kant-Gedenkjahre, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2. Jg., Heft 1, p. 5 ff., hingewiesen.

⁹⁾ Wilhelm Röpke, 1. c. p. 24.

¹⁰⁾ ibd., p. 23 f.

¹¹⁾ Vor allem also Nationalökonomie und Soziologie, im weiteren auch Geschichtswissenschaft und Philosophie.

¹²⁾ Rede auf dem Parteitag der südwestdeutschen FDP in Reutlingen 1959.

¹³⁾ Zum Ideologiebegriff cf. Hans Mayer, Der bürgerliche und der marxistische Ideologiebegriff, in Karl Marx und das Elend des Geistes, Meisenheim/Glan 1948, p. 76 ff. Ferner Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, 3. Auflage Frankfurt am Main 1952. Die konkrete Ideologiekategorie eines Wissenschaftsbereichs gibt Wilhelm R. Beyer, Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, Meisenheim/Glan 1952; cf. dazu Hans Heinz Holz, Zum Spiegelcharakter der Rechtsordnung, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, XXXIX Jg., Heft 4, p. 556 ff.

¹⁴⁾ Wilhelm R. Beyer, Die verfassungsmäßige Sicherung staatsbürgerlicher Freiheiten im Wandel der Zeiten, Karlsruhe 1946, p. 28. Dort heißt es außerdem: „Es genügt daher, verfassungsmäßig die Freiheit nur in einer Form zu bekräftigen, nämlich in der, daß der Mensch frei ist. Das „all men are born free“ ist ausreichend, klar und umfassend, sobald man die Freiheit schlechthin als das nimmt, was sie ist und sein soll: als die Losgelöstheit von allen nicht in der Natur des Menschen selbst liegenden oder durch das Zusammenleben der mehreren Individuen erforderlichen Beschränkungen. Aus dieser einen, klaren und ehrlichen, wirklichen und echten Freiheit resultieren dann die kleineren, einzelne Fälle des Lebens umfassenden Sonderfreiheiten.“

¹⁵⁾ Zu welchen Irrwegen eine Freiheitstheorie kommt, die der Gattung Freiheit eine ihrer Arten substituiert, habe ich in meiner Auseinandersetzung mit Theodor Litt gezeigt: Ideologischer Schein und politische Verführung, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1959, p. 346 ff.

¹⁶⁾ Hier scheint mir eine entscheidende Ideologisierung des Freiheitsbegriffs vorzuliegen, von der gerade der Liberalismus mit seiner Fixierung auf das Eigentumsdenken ergriffen werden muß. Ein Abbau dieser Ideologisierung müßte sehr wesentlich zur Präzisierung der liberalen Doktrin beitragen.

¹⁷⁾ Cf. Hans Heinz Holz, Kategoriale Aspekte des Freiheitsbegriffs, in Protokoll der Konferenz der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Sektion Philosophie, über das Thema „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus“, Berlin 1956, p. 98 ff.

¹⁸⁾ Diese Definition ist unvollkommen und läßt zahlreiche individualpsychologische und sozialpsychologische Fragen der Persönlichkeitsbildung offen. Für unseren Zusammenhang reicht sie vorläufig aus.

¹⁹⁾ W. R. Beyer, Die verfassungsmäßige Sicherung . . . , 1. c. p. 9.

²⁰⁾ Cf. Herbert Marcuse, Eros und Kultur, Stuttgart 1958.

²¹⁾ Entsprechend auch Dehler in den Leitsätzen — MS p. 4 — und in seiner Parteitage-
rede.

²²⁾ W. R. Beyer, Die verfassungsmäßige Sicherung . . . , 1. c., pp. 10, 29 und 30.

²³⁾ ibd., p. 20.

²⁴⁾ Vgl. meine oben zitierte Auseinandersetzung mit Theodor Litt.

²⁵⁾ Wahrheit muß in diesem Sinne als gnoseologische und ontologische verstanden
werden.

²⁶⁾ Zur Definition cf. H. H. Holz, Ideologischer Schein und politische Verführung, 1. c.,
p. 349.

²⁷⁾ Cf. Hans Heinz Holz, Macht und Recht, in Symphilosophien, Protokoll des 3. Deut-
schen Kongresses für Philosophie, München 1953, p. 64 f. und 76 ff. Cf. auch Wilhelm R.
Beyer, Recht und Rechtsordnung, Meisenheim/Glan 1951, p. 112 ff.

²⁸⁾ Cf. W. R. Beyer, ibd., p. 104 ff.

²⁹⁾ Cf. W. R. Beyer, Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1. c.; H. H. Holz, Zum
Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1. c.

³⁰⁾ Cf. Wilhelm R. Beyer, Recht und Rechtsordnung, 1. c., p. 27 ff.

³¹⁾ Zu den Aporien der rechtsstaatlichen Ordnung vgl. W. R. Beyer, Probleme einer
staatsrechtlichen Ordnungslehre (Typologische Untersuchungen), Düsseldorf 1953.

³²⁾ Die Frage der staatlichen Finanzierung der politischen Parteien, für die die FDP ein-
tritt, wird entscheidend davon berührt.

³³⁾ Zu den Unzulänglichkeiten dieser Freiheitsauffassung, die das Hobbes'sche Men-
schenbild des „homo homini lupus“ und des „bellum omnium contra omnes“ voraussetzt,
wird noch einiges zu sagen sein.

Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne

W. S. Schlamm, ein Autor ohne Erfurcht vor dem Leben

*Von den vielen Zuschriften, die uns im Anschluß an die Ausführungen von Prof. H a g e -
m a n n „Vom kalten zum heißen Krieg — Die Offenbarungen des William S. Schlamm“
(Heft 7/59) erreichten, möchten wir der folgenden Raum geben, da sie insbesondere die
Ausfälle gegen die Atomwissenschaftler zurückweist.* D. Red.

Die in Ost und West einsatzbereit lagernden Vorräte an Atommunition haben
durch die Fortsetzung der Produktion nuklearer Sprengstoffe (mit stark wach-
sender jährlicher Produktionsrate!), in den letzten Jahren so zugenommen, daß
bei ihrer Explosion an den durch die Generalstäbe schon heute ausgeklügelten
Plätzen innerhalb weniger Stunden oder Tage viele hundert Millionen Menschen
von den Wirkungen der Druckwellen getötet, von den Strahlungen verbrannt
oder schwer verwundet würden: Unschuldige Kinder, Frauen und Männer. Des-
halb gehört die Befürwortung des totalen Atomkrieges als Mittel zur Entsch-
dung zwischen den beiden die Welt beherrschenden Gesellschaftssystemen zu
den größten, gegenwärtig möglichen Verbrechen gegen die Menschheit. Dieses
schwere Unrecht gegen die Menschheit begeht der frühere Deutsche und jetzt
Deutsch-Amerikaner William S. Schlamm mit der Veröffentlichung seines
Buches „Die Grenzen des Wunders, ein Bericht über Deutschland“. Er begeht es,